

Schlappe bei Regionalwahl für US-Demokraten

Republikaner siegt in Virginia

WASHINGTON (dpa). Schwerer Rückschlag für US-Präsident Joe Biden und seine Demokraten: Bei der Gouverneurswahl im Bundesstaat Virginia hat der republikanische Kandidat Glenn Youngkin gewonnen. Er besiegte den von Biden unterstützten Demokraten Terry McAuliffe knapp, wie am Mittwoch aus den vorläufigen Ergebnissen hervorging. Ein Jahr vor den Kongresswahlen galt die Abstimmung als Stimmungstest. Biden hatte Virginia bei der Präsidentschaftswahl vor einem Jahr noch klar gewonnen.

Bei der Gouverneurswahl im Bundesstaat New Jersey lagen der demokratische Amtsinhaber Phil Murphy und sein republikanischer Herausforderer Jack Ciattarelli auch am Tag nach der Wahl fast gleichauf. Ein Ergebnis stand am Mittwoch zunächst nicht fest. Murphy war bis 2013 US-Botschafter in Berlin. *Seite 8*

Ein Orden zum Abschied



ZUM LETZTEN MAL war Angela Merkel als Bundeskanzlerin am Mittwoch in Frankreich zu Besuch. Präsident Emmanuel Macron (Mitte) überreichte ihr am Abend das Großkreuz der Ehrenlegion, den höchsten französischen Orden. Mit dabei: Merkels Ehemann Joachim Sauer (*Seite 8*).

TAGESSPIEGEL

Rentenerhöhung 2,6 Prozent wären fairer

Von Barbara Schmidt

Die gesetzliche Rente fußt auf einem Generationenvertrag. Jüngere zahlen Beiträge ein, von denen die Renten der Älteren bezahlt werden, die früher selbst eingezahlt haben. Klimaschutz begründen Politiker gerne mit der Verantwortung gegenüber jüngeren Generationen. Bei der Rente ließen sie diese zuletzt oft außer Acht. Kein Zweifel: Wer hart gearbeitet hat – ob bezahlt in einer Firma oder unbezahlt in der Familie – hat jeden zusätzlichen Euro Rente verdient. Doch irgendwer muss diese bezahlen. Und da reißt der demografische Wandel eine Lücke. Schon jetzt finanziert sich die Rentenkasse zu knapp einem Viertel über Bundeszuschüsse. Umso unverständlicher ist ein Rentenplus von fünf Prozent mitten in der Pandemie. Hier rächt sich die Aussetzung des sogenannten Nachholfaktors. Die Regierung hatte ihn 2009 mit der Rentengarantie eingeführt. Seither bleiben die Renten stabil, selbst wenn die Löhne sinken. Das ist gut so, da Rentner eine Kürzung ihrer Bezüge schwer ausgleichen können. Doch sollte eine Erhöhung in den Folgejahren, wenn es wirtschaftlich wieder besser läuft, entsprechend gedämpft werden. 2022 würden die Renten dann nur um 2,6 Prozent steigen. Das wäre angemessen; es entspräche in etwa dem erwarteten Lohnzuwachs in diesem Jahr. Die neue Regierung muss den Nachholfaktor rasch wieder einführen. Den Jüngeren gegenüber wäre das nur fair.

► barbara.schmidt@badische-zeitung.de

Auch 2023 wohl kräftiges Rentenplus

Experten erwarten Erhöhung um jeweils rund fünf Prozent im nächsten und übernächsten Jahr / Finanzlage der Rentenkasse stabil

Von Barbara Schmidt

BERLIN/FREIBURG. Trotz Corona-Pandemie steht die gesetzliche Rentenversicherung in Deutschland derzeit finanziell besser da als erwartet. In den nächsten Jahren drohen wegen der Alterung der Gesellschaft allerdings höhere Defizite. Wer jetzt schon in Rente ist, kann sich auf eine deutliche Erhöhung seiner Bezüge freuen.

Um „rund fünf Prozent im Westen und etwas mehr im Osten“ werden die Renten im Juli 2022 voraussichtlich steigen, sagte Anja Piel, die Arbeitnehmervertreterin im Bundesvorstand der Deutschen Rentenversicherung (DRV), am Mittwoch vor Pressevertretern. Sie bestätigte damit Zahlen des Schätzerkreises Rentenversicherung: Die Fachleute von Arbeitsministerium, Bundesamt für Soziale Sicherung und DRV gehen von 5,2 Prozent im Wes-

ten und 5,9 Prozent im Osten aus. 2023 könnten die Bezüge in einer ähnlichen Größenordnung zulegen, wie die *Deutsche Presse-Agentur* unter Berufung auf den Entwurf des Rentenversicherungsberichts der Bundesregierung berichtete. Bis 2035 werde eine durchschnittliche Steigerung von 2,3 Prozent erwartet.

Bisher seien das nur Schätzungen aufgrund vorläufiger Zahlen, endgültig werde das Rentenplus erst im März 2022 feststehen, betonte Piel. Ihr Vorstandskollege Alexander Gunkel hielt Abweichungen von einem Prozentpunkt für möglich.

In diesem Jahr hatten die Rentnerinnen und Rentner im Westen eine Nullrunde hinnehmen müssen. Hintergrund war die negative Lohnentwicklung in der Corona-Krise. 2020 sanken die Reallöhne laut Statistischem Bundesamt um 1,1 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Die Lohnentwicklung ist eine wichtige Grundlage für die Berechnung der jährlichen Rentenanpassung. Im Osten waren die Ruhe-

standsbezüge lediglich um das gesetzliche Minimum angehoben worden, um sie dem Westniveau weiter anzunähern. Eine Kürzung der Renten hatte der Gesetzgeber nach der Finanz- und Wirtschaftskrise 2009 ausgeschlossen.

Im ersten Corona-Jahr riss die Pandemie ein Loch von 3,9 Milliarden Euro in die Rentenkasse. In diesem Jahr wird das Defizit bei Gesamteinnahmen von gut 341 Milliarden Euro laut Piel mit 0,5 Milliarden Euro deutlich kleiner ausfallen als erwartet. Ein Grund ist die Kurzarbeit, in der anteilig weiter Rentenbeiträge fließen. Für Arbeitslose zahlen die Arbeitsagenturen ein. Erst Langzeitarbeitslose fallen durch das Altersvorsorgenetz.

Defizite deckt die Rentenversicherung aus ihrer derzeit noch üppigen Rücklage. Da in den nächsten Jahren sehr geburtenstarke Jahrgänge in Rente gehen und zugleich die Zahl der Beitragszahler sinkt, wird die Rücklage voraussichtlich bis 2024 auf ihr gesetzliches Minimum zu-

sammenschmelzen. In den langfristigen Prognosen geht die Rentenkasse daher von steigenden Beiträgen und einem sinkenden Rentenniveau aus. Bis Mitte des Jahrzehnts sieht es aber noch gut aus. Das Niveau wird sogar etwas anziehen. Und „der Beitragssatz von 18,6 Prozent wird bis 2023 voraussichtlich beibehalten werden können und steigt danach bis 2025 auf 19,7 Prozent“, sagte Piel.

Dass die Renten nächstes Jahr womöglich so stark erhöht werden wie im Westen seit 1983 nicht mehr, liegt vor allem an der nach der Corona-Krise wieder anziehenden Wirtschaft. Im Schnitt sind die Löhne gestiegen, auch weil inzwischen weniger kurzarbeiten als 2020. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten hat zugelegt. Piel sagte, erfahrungsgemäß folgten auf solche Erhöhungen wieder Nullrunden. Gunkel als Arbeitgebervertreter im DRV-Vorstand hingegen meinte: „Die Renten sollten nicht stärker steigen als die Löhne.“ *Tagesspiegel*

Das Wetter

Bedeckt und nasskalt mit zeitweiligem Regen bei rund 7 Grad.



Wetterbericht, Seite 28

Die Börse in Kürze

03.11.2021

DAX	Dow Jones	Euro
15959,98	36114,51	1,1578 \$
+ 0,03 %	+ 0,17 % / 20:20 Uhr	- 0,22 %

Börsenkurse und Wirtschaft, Seite 15

VOR ORT

Corona-Ausbruch an zweiter Waldorfschule

Der Corona-Ausbruch mit 117 gemeldeten Infektionen an der Waldorfschule in St. Georgen war nicht der einzige Hotspot an einer Waldorfschule. Wie das Gesundheitsamt am Mittwochabend bestätigt hat, gab es auch an der Waldorfschule im Stadtteil Wiehre einen Ausbruch, der nach Einschätzung des Gesundheitsamtes ebenfalls auf eine schulinterne Zirkusaufführung am zweiten Oktoberwochenende zurückzuführen ist, allerdings sehr viel kleiner ausfiel.

Freiburger Zeitung, Seite 17

Kultur	Seite 11
Fernsehprogramm	Seite 13
Sport	Seite 14
Kreuzworträtsel	Seite 26

UNTERM STRICH



Bond auf dem Mond

Digitalisierung im All – aber weiter kein Netz in Siegelau / Von Björn Hartmann

Jetzt also der Mond. Was mehrere große Netzanbieter auf der Erde bisher nicht hinbekommen haben, will das sehr junge spanisch-deutsche Unternehmen Plus Ultra auf dem Mond schaffen: einen komplett flächendeckenden Breitbandanschluss. Auch auf der erdabgewandten Rückseite. Und in bis zu 1000 Metern Höhe über der Oberfläche. Mit bis zu 100 MBit Geschwindigkeit.

Das gibt es angeblich auch für fast 95 Prozent der Haushalte in Deutschland, behauptet zumindest der Breitbandatlas des Bundesverkehrsministeriums. Man könnte es fast glauben, wären da nicht die Klagen landauf, landab. Aber der scheidende Bundesminister für digitale Infra-

struktur und Verkehr hatte ja schon immer ein besonderes Verhältnis zu Zahlen.

Das Mondprojekt heißt Harmony: Acht Satelliten sollen um den Erdtrabant kreisen, über Funk verbunden und per Laser von der Erde gesteuert. Der erste Satellit, Größe etwa drei Waschmaschinen, Gewicht 400 Kilogramm, startet Ende 2023 als Nutzlast einer deutschen Rakete, entwickelt vom jungen Raketebauer RFA in Augsburg. Und 2028 kann man dann auf der Rückseite des Mondes am Hang des Moskauer Meeres entspannt den 27. James-Bond-Film streamen, aber vermutlich immer noch nicht in Sommerau und Siegelau eine Mail mit dem Smartphone verschicken.

Es geht – natürlich – um Geld. Plus Ultra rechnet mit bis zu 140 Mondmissionen in den kommenden zehn Jahren. Die Nasa will mit ihrem Artemis-Projekt wieder Astronauten auf die Oberfläche des Mondes schicken, China und Russland planen gar eine Mondstation. Und das ein oder andere Unternehmen denkt bereits über den Abbau von Rohstoffen nach. Für den Abbau sind Roboter nötig, die mit Mond-GPS hochpräzise ferngesteuert werden müssen. Und da lässt sich offenbar deutlich mehr verdienen als mit Breitbandverbindungen in den Tälern des Schwarzwalds. Was soll's. Touristen lieben es urtümlich. Und sie suchen ja sowieso ihre Ruhe.

CO₂-Ausstoß steigt wieder auf Vor-Krisen-Niveau

GENF/EXETER (dpa). Der globale Ausstoß von Kohlendioxid aus der Verbrennung von Kohle, Öl und Gas dürfte nach dem Rückgang 2020 durch die Corona-Pandemie im Jahr 2021 wieder annähernd das Vor-Krisen-Niveau erreichen. Wenn derzeitige Trends sich fortsetzen und auch Straßen- und Flugverkehr zum alten Niveau zurückkehren, könnte es ungeachtet aller Klimaschutzversprechen im Jahr 2022 sogar einen neuen Höchstwert geben, wie aus der neuen Analyse des Forschungsverbundes Global Carbon Project hervorgeht.

Freiburg im Breisgau

